Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 38

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

eine Zeitung der Deutschen Demokratischen Republik.

Soeben entdecke ich an der Wand eine Aufschrift: «Getränke werden nur gegen Vorzeigung der Personalausweise verabfolgt — VEB-Gaststätte-Vorschrift.» Auf Befragen, was das zu bedeuten habe, meint unser ostzonaler Freund, diese Aufschrift habe keine Gültigkeit mehr.

Soeben tritt der alte Kellner, nach vierzig Minuten Wartezeit, zu uns und frägt nach den Personalausweisen. Unsere Freunde aus Ostberlin sind ob diesem Vorgehen sichtlich verärgert, doch niemand wagt, sich dagegen aufzulehnen.

Es wird Abend. Wir treten auf die Strasse. Es sind nicht viele Leute draussen. Auf der Fahrbahn zirkulieren in schnellem Tempo Vopo-Streifenwagen und Lastwagen mit russischen Soldaten und Angehörigen der Armee der Deutschen Demokratischen Volksarmee.

Die Untergrundbahn ist schlecht besetzt. Die Billetteusen machen einen unfrischen Eindruck und wirken verschwitzt, ihre Gesichter wirken ganz undemokratisch. Niemand spricht mit seinem Nachbar, jeder geht seinen Weg.

Es ist spät geworden. Die Zeit der Rückkehr in den Westsektor ist gekommen.

Atheismus

UdSSR

Weltraumfahrer Jesus Christus

Bekanntlich besteht eine der Hauptthesen der atheistischen Propaganda darin, dass die Bibel und das Evangelium eine Sammlung von Märchen darstellen und dass weder Christus noch die Apostel jemals existierten. Da aber den atheistischen Propagandisten die Unzulänglichkeit und Primitivität der einfachen unbewiesenen Verneinung als Argument bei der Bekämpfung der Religion aus ihrer praktischen Erfahrung bekannt sind, wird immer wieder versucht, den Atheismus wissenschaftlich zu untermauern.

In Artikeln und Vorträgen bemühen sich namhafte Gelehrte und Akademiemitglieder durch den vollen Einsatz ihrer Autorität und ihrer wissenschaftlichen Argumentation der immer noch grossen Zahl von Gläubigen zu beweisen, dass es keinen Gott gibt.

Es war zu erwarten, dass auch die in den letzten Jahren stark vorangetriebene Weltraumforschung in den Dienst der antireligiösen Propaganda gestellt wird. Inspiriert durch die zahlreichen sehr weitreichenden Pläne zur Eroberung des Weltalls durch den Menschen und durch die jetzt reel gewordenen Weltraumfahrten, entwickelte nun der Leningrader Hochschullehrer Sajzew eine neue Theorie zur Erklärung und Bekämpfung des christlichen Dreifaltigkeitsdogmas. Gemäss dieser Theorie landeten seinerzeit auf der Erde drei Weltraumfahrer, die von einem anderen, hochentwickelten Planet kamen. Einer von ihnen, der Expeditionsarzt, war Jesus Christus, der dank seiner medizinischen Kenntnisse die Menschen heilen konnte, was als Wunder aufgefasst wurde. Die Auffahrt Christi ist gemäss Sajzew der Start der Kosmonauten zur Fortsetzung ihrer Weltraumfahrt.

Dass diese Theorie kein Witz und kein Hirngespinst eines Geisteskranken ist, beweist die Tatsache, dass an der Leningrader Universität eine spezielle Kommission gebildet wurde, um die Theorie Sajzews zu begutachten. Die Kommission bestand aus den Professoren: Swiderskij, Ogorodnikow (Astronomie), Schachnowitsch (Religionsgeschichte) und Maslow (Philologie).

Zum grossen Schrecken des Entdeckers der neuen atheistischen Theorie bezeichnete die gelehrte Kommission diese als einen Versuch, «der Bibel Recht zu geben» und führte in ihrem Gutachten weiter aus, dass Sajzew «der atheistischen Propaganda schadet und die materialistische Darstellung und Desavouierung der religiösen Dogmen diskreditiert». Die Theorie Sajzews fand aber auch Anhänger, namentlich unter den Naturwissenschaftern, Schriftstellern und atheistischen Propagandisten, die in ihrer langweiligen Tätigkeit gerne die modernsten wissenschaftlichen Erkenntnisse verwenden möchten. An der Universität und in verschiedenen Versammlungen wurde leidenschaftlich für und gegen die Theorie Sajzews Stellung genommen. In der Parteiversammlung der Leningrader Schriftstellerorganisation bezeichnete man die Presseangriffe gegen Sajzew als eine «Hetze, nur weil er neue, originelle Gedanken äusserte».

Schliesslich entstand über die «kosmische Theorie» Sajzews eine solche Verwirrung, dass das Parteiorgan «Leningradskaja pravda», welches ihn zunächst heftig angegriffen hatte, nun Leserbriefe veröffentlicht, in welchen Sajzew unterstützt wird.

Die Entstehung dieser an sich pseudowissenschaftlichen Theorie und die Aufregung, die sie hervorrief, erlauben uns eine wichtige Schlussfolgerung: trotz der jahrzehntelangen materialistischen und atheistischen Erziehung besteht im Volk ein grosses Interesse für die Persönlichkeit von Jesus Christus. Dieses Interesse regt die Menschen zum Nachdenken an, es hat im vorliegenden Fall zu einer recht naiven und absurden Ansicht geführt, aber es besteht offenbar. GB

Versorgung

SBZ

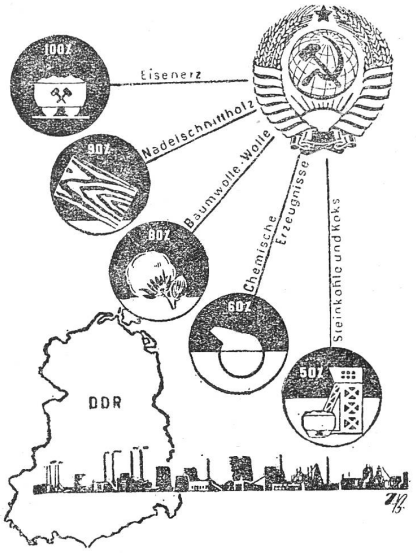
Wie 1939

23 Jahre nach Einführung der Lebensmittelkarten in Deutschland muss sich die Bevölkerung der Sowjetzone 1962 wieder mit den gleichen «amtlichen Bestimmungen» vertraut machen, die auch 1939 über die Rückgabepflicht bei Umzug und Tod eines Kartenbesitzers erlassen worden sind.

Bei jeder polizeilichen Abmeldung (Umzüge, Einberufungen usw.) müssen die «Kundenkarten für Butter und Fleisch» vorher bei der Einzelhandelsverkaufsstelle, in der die Eintragung in die Kundenliste vorgenommen worden ist, abgemeldet sein und bei der «Volkspolizei»-Meldestelle abgegeben werden. Bei Umzügen von und nach Ostberlin gilt das auch für die «Kartoffelbezugsberechtigung», weil für Ostberlin gegenüber der Sowjetzone farblich unterschiedliche Kartoffelkarten ausgegeben worden sind.

Bei Sterbefällen müssen die «Kundenkarten für Butter und Fleisch» ebenso die Kartoffelkarten «innerhalb von drei Tagen» unter Vorlage der Sterbeurkunde bei der zuständigen Abteilung Handel und Versorgung «gegen Rückgabebescheinigung» abgegeben werden.

Anteil der UdSSR am Gesamtimport der DDR *im Jahre 1961 in %*



Handel

Immer abhängiger

Die SBZ ist unter allen Volksdemokratien am stärksten von der Sowjetunion abhängig. Die Bestrebungen, die sowjetzonale Wirtschaft «störfrei» (das heisst von der westdeutschen Produktion möglichst unabhängig) zu machen, verlegen das Hauptgewicht der Aussenhandelsbeziehungen auf die Partnerschaft mit der UdSSR.

Eine kürzliche Erklärung von Willy Hüttenrauch, Staatssekretär im Aussenhandelsministerium, enthielt aufschlussreiche Daten über den Warenaustausch der beiden Länder. Die Sowjetunion war letztes Jahr am gesamten Aussenhandel der SBZ mit 44 Prozent beteiligt. An den sowjetzonalen Material-Rohstoffimporten betrug der prozentuale Anteil der UdSSR zum Beispiel: Walzstahl 73,2 - Steinkohle 66,7 - Eisenerz 95,2 - Erdöl 93,6 - Holz 76,6 - Wolle 45,0 - Baumwolle 85,7 - Getreide 96,8 - Fleisch 42,2 - Butter 76,4. Rohstoffe, Materialien und Brennstoffe machten gut 70 Prozent der Importe aus der Sowjetunion aus, die Lebensmittel einen Fünftel. Dagegen betraf wertmässig nur ein Zwanzigstel der Einfuhr aus der Sowjetunion Produktionsmittel wie Maschinen und Ausrüstungen.

Dagegen zeigt die Exportstruktur der SBZ in die UdSSR ein starkes Ueberwiegen dieser hochwertigen Erzeugnisse (in Prozent): Maschinen, Geräte und Ausrüstungen 56,8 - Roh- und Brennstoffe 27,9 - Konsumgüter 15,1 - Lebensmittel 0,2.

In Millionen Rubel umfasste die sowjetzonale Ausfuhr in die Sowjetunion insbesondere folgende wichtigste Posten: Werkzeugmaschinen 44,6 - Chemische Apparate 15,8 - Ausrüstungen für die Lebensmittelindustrie 12,0 - Ausrüstungen für die Leichtindustrie 18,1 - Schiffsbauprodukte 58,3 - Kontroll- und Messgeräte 6,5 - Chemikalien 89,9 - Konsumgüter 123,6. (Angaben nach «Neues Deutschland».)

BRIEFE

Um die ungarischen Judendeportationen

Ihr Artikel «Unser Memo» in Nr. 35 der Schweizer Kommentare ist leider völlig irreführend.

Die Deportationen, die am 21. Mai 1951 anfingen und bis September desselben Jahres viermal wöchentlich je Hunderte von Budapestern in Lagern oder in entlegene Dörfer Ostungarns verbannten, hatten nichts mit einer antisemitischen Aktion zu tun. Konfessionelle Umstände spielten dabei überhaupt keine Rolle.

Es wurden von der Aktion alle Leute erfasst, die vor 1945 leitende Positionen innehatten, unter anderem Aristokraten, Gutsbesitzer, höhere Beamten, Offiziere — auch längst pensionierte oder ihre Witwen —, Industrielle, Geschäftsleute usw. und deren Familien. Natürlich waren auch Juden dabei, sofern sie zu den obigen Kategorien gehörten.

Die Deportationen hatten neben dem politisch-ideologischen auch einen rein praktischen Zweck. Die freigewordenen Wohnungen (vielfach mit der gesamten Einrichtung) wurden sofort den Begünstigten des Regimes zugeteilt. Die Kunstgegenstände, die die Eigentümer mangels Zeit verschachern mussten, bereicherten die Bestände des staatlichen Kunst- und Antiquitätenhandels. Das Gros der Deportierten (die nicht in Lager kamen) wurde bei sogenannten Kulaken zwangseinquartiert. Somit war die Deportation letztlich auch ein Hieb in Richtung der ohnehin schon gequälten Kulaken.

Ihr Artikel hat das Vertrauen vieler Leser, — die mir das spontan erwähnten — in Ihre Glaubwürdigkeit erschüttert. Von den Schweizer Kommentaren erwarten wir keine pittoresken Berichte — auch nicht, wenn die Tendenz noch so lobenswert ist! — sondern stichhaltige Information, die keiner Ausschmückung bedarf.

E. M. K. in Bonn

Selbstverständlich stand die Aktion nicht im Zeichen einer erklärten antisemitischen Kampagne. Es trifft zu, dass mit den Budapester Juden viele Tausende anderer Bürger ihrer Wohnungen und ihrer Habseligkeiten beraubt wurden. Dass aber die *Juden* als Angehörige jener Kategorie, die vor 1945 leitende Positionen innehatten, verschleppt wurden, trifft nicht zu. (In den Jahren unmittelbar vor 1945 gab es übrigens keine Juden in führenden Stellungen.) Schon der Umstand, dass die Juden besondere Zwangsunterkünfte zugewiesen erhielten (und nicht im Rahmen der rein sozialen Kategorien), stellt ja eine Sonderbehandlung dar. Ueberdies wurde den meisten Kategorien der übrigen Deportierten nach Stalins Tod eine beschränkte Freizügigkeit zuerkannt (wenn auch ohne Recht zur Rückkehr nach Budapest), während die Juden noch heute in ihren «Heimen» eingeschlossen sind. Schliesslich ist noch darauf hinzuweisen, dass die Juden bei den Deportationen zwar nur einen Bruchteil der vielen Opfer ausmachten (insofern müssen die Proportionen der Aktion tatsächlich beachtet werden), aber prozentual doch einen erheblich höheren Teil, als die Bevölkerungsstruktur erwarten liesse. Ueber die Behandlung der Juden nach der Deportation gibt es sowohl direkte Berichte (Flüchtlinge im Westen) als auch das Zeugnis der ungarischen Presse selbst. (So in mehreren Nummern des Organs der Gesellschaft Ungarn-Sowjetunion, «Orszag-Vilag».)

Es geht uns nicht darum, die Aktionen gegen die übrigen Opfer zu verniedlichen. Sie zeigen die ganze Grausamkeit der kommunistischen Diktatur. Die Deportation der Juden aber zeigt überdies die ganze Verlogenheit der kommunistischen Diktatur. Die Opfer des angeblich so verhassten «Faschismus» wurden Opfer des Kommunismus, die Opfer des Nationalsozialismus zu Opfern des stalinistischen «Sozialismus». Der Hinweis auf diese Nachfolgerschaft Hitlers ist den Kommunisten um so vieles peinlicher als der Hinweis auf die Verfolgung der «Klassenfeinde».

Konkreter Anlass zum Memo war die so arg verspätete Diskussion um die Entschädigung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, die in die Wege geleitet werden soll. Die Verhandlungen über die Rückerstattung durch Westdeutschland sind ja ziemlich illusorisch, solange die Juden in Ungarn noch gefangen gehalten werden. Man lasse sie erst einmal frei.

Red. KB

Bildung

Jugoslawien

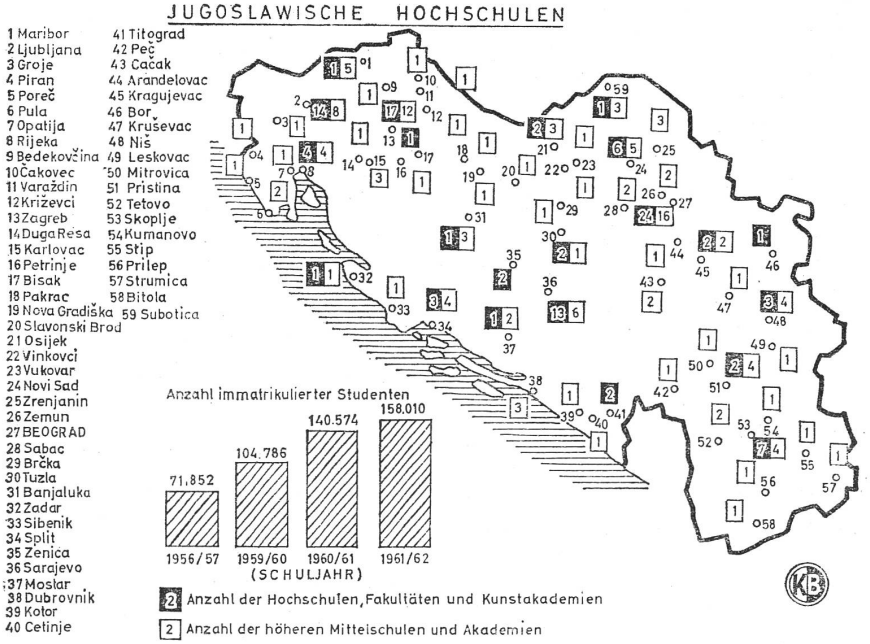
«Das Land der Universitäten»

nennt sich Jugoslawien heute stolz. Im Schuljahr 1961/62 zählte das Land 158 010 immatrikulierte Studenten. Jeder 117. Einwohner studiert an einer Hochschule, deren Zahl von 1959 bis zum Herbst 1962 von 143 auf 248 angestiegen ist. Insgesamt lehren an den Hochschulen 12 000 Professoren, Dozenten und Assistenten.

Allerdings deckt sich die Benennung der Schultypen nicht durchaus mit den bei uns gebräuchlichen. Die Bezeichnung «Hochschule» etwa kann eine auch bei uns gleich genannte Institutionen meinen, häufiger aber eine Zwischenstufe zwischen Mittelschule und Universität oder eine Fachmittelschule mit beruflichem Abschluss. Daneben kennt Jugoslawien auch den Begriff der «höheren Schule» als einer höheren Mittelschule.

Die sechs Universitäten des Landes führen ihre Fakultäten wie gesonderte Institutionen auf. Auch gibt es Fakultäten, die nicht einer Universität oder Hochschule angeschlossen sind. Medizinisches Spezialstudium figuriert (wie fast überall in den kommunistischen Staaten) als medizinische Hochschule unter eigener Verwaltung. Unter Ausschluss dieser medizinischen Lehranstalten (10) bestehen in Jugoslawien 56 Fakultäten, von denen 29 in den letzten drei Jahren eröffnet wurden. Sie dienen folgenden Studien: Volkswirtschaft (10), Philosophie (7), Rechtswissenschaften (7), Maschinenbau (6), Elektrotechnik (6), Technologie (6), allgemeine Medizin (5), Stomatologie (5), Philologie (1), Biochemie (1), Bergbau, Metallurgie (1), Verkehrswesen (1). Manche Fakultäten entsprechen also den «Abteilungen» an der ETH bei uns. Dazu werden noch 35 technische Hochschulen angeführt. Unter Akademien werden höhere Lehranstalten, wobei die Kunstakademien Hochschulrang haben.

Unsere Karte, nach einer Darstellung der Zagreber Zeitung «Vjesnik u Srijedu» vom 22. August gezeichnet, gibt einen Ueberblick über die Verteilung der höheren Bildungsstätten im Lande.



Partei

Bulgarien

Die kommenden Grössen

Die Umschichtung an der Spitze der bulgarischen Führung, die seit dem endgültigen Sturz des ehemaligen Diktators Tscherwenkoff im November des letzten Jahres anhielt und dieses Jahr durch die Kabinettsumwälzung (vergleiche KB Nrn. 13 und 14) bestätigt wurde, dürfte in eineinhalb Monaten eine beträchtliche Vertiefung erfahren. Gerüchteweise verlautet sogar, dass Schiwkoff selbst von der eingesetzten Bewegung weggeschwemmt werden könnte. Es sei vorgesehen, ihn «spä-

ter» von seinem Machtposten als Erster Sekretär der bulgarischen KP zu entfernen und ihn auf einen so unbedeutenden Posten wie der des Ministerpräsidenten abzuschieben.

Der VIII. Kongress der Partei, den man auftauchender Schwierigkeiten wegen bereits einmal hatte verschieben müssen, ist auf den 5. November endgültig angesetzt worden. Die Traktanden umfassen einen Vorschlag zu einer neuen Statutengebung nach sowjetischem Vorbild, ferner die Wahl der neuen Zentralorgane der Partei. Es ist zu erwarten, dass die kommenden «starken Männer» der Partei dem Kongress ihren Stempel aufdrücken und damit die Besetzung des neuen Politbüros bestimmen werden.

Von beträchtlichem ideologischen und persönlichen Gewicht scheint Mitko Grigoroff zu sein, ein in letzter Zeit äusserst aktiver Sekretär im Zentralkomitee. Er steht auch dem Ausschuss vor, der auf den Kongress hin die neuen Parteistatuten ausarbeitet. An Versammlungen und Konferenzen aller möglichen Körperschaften ist er als scharfer Kritiker gefürchtet. Angriffe auf den Bürokratismus und die Ueberreste des (stalinistischen) Personenkultes gehören zu seinen Spezialitäten. Dem Politbüro gehört er erst seit einem Jahr an, als Tscherwenkoff gestürzt wurde. Die gegenwärtige missliche Versorgungslage und die Schwierigkeiten des industriellen Wachstums stärken seine Chance als neuer Mann.

Man erwartet auch, dass der Parteikongress einschneidende Aenderungen in der Zusammensetzung der Führungsgremien der Partei bringen wird. Jüngere Menschen sollen in die Führungsgremien der Partei aufgenommen werden. Es steht heute schon fest, dass alle Kreisparteisekretäre, welche noch nicht dem ZK angehören, in ihm aufgenommen werden.

Es wird davon gesprochen, dass die beiden Kandidaten des Politbüros Todor Prachoff und Mladen Stojanoff dem neuen Politbüro nicht mehr angehören werden.

Als aussichtsreichste Kandidaten für das neue Politbüro gelten Givko Givkoff, General Dobri Dguroff — der neue Minister der nationalen Verteidigung, Generalleutnant Diko Dikoff — der neue Innenminister, sowie die beiden Sekretäre des ZK Pentscho Kubadinski und Boris Veltscheff. Noch ein weiterer Name steht im Zentrum der Spekulation. Es handelt sich um den gegenwärtigen zweiten Sekretär der KPB, Bojan Bulgaronoff, den das Gerücht zum Teil als Nachfolger Schiwkoffs, zum Teil als graue Eminenz hinter dem Parteichef bezeichnet. Unter seinen «Vertrauten» zählt man den neuen Innenminister (und damit den Chef der politischen Polizei) Diko Dikoff (siehe Curriculum, KB Nr. 13). Auch scheint er ein Verbündeter Dimiter Ganeffs, des Vorsitzenden der Nationalversammlung, zu sein. Bulgaronoff setzte alles daran, aus dem Politbüro die beiden letzten Vertreter der «Moskowiter Gruppe», General Iwan Michailoff (Curriculum Nr. 12) und Georgi Zankoff, zu entfernen.

In gewissen Parteikreisen ist man der Ansicht, dass Bulgaronoff in nicht allzuferner Zukunft Erster Sekretär der KPB wird. Dann wird die KPB endlich, so sagen die Mitglieder dieser Gruppe, einen in jeder Beziehung geeigneten Mann an ihrer Spitze haben. Die Entfernung Todor Schiwkoffs vom Posten des Ersten Parteisekretärs dürfte, so meint man in diesem Kreis, unter allgemeiner Zustimmung erfolgen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die Unzufriedenheit in der Bevöl-

Kleines Curriculum

MITKO (DIMITROFF) GRIGOROFF

Sekretär im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens, Mitglied des Politbüros seit November 1961. Ueber seine Laufbahn ist nicht sehr viel bekannt. Seine Haupttätigkeit lag in Agitation und Propaganda (Agitprop).

Geboren vermutlich 1912. Im April 1950 zum Sekretär des Stadtkomitees Sofia der KPB ernannt. Im Januar 1952 wird er als Chef des Parteidepartements für Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee erwähnt.

Am 6. Parteikongress vom März 1954 wird Grigoroff kandidierendes Mitglied des ZKs und erhält den Posten des ersten Parteisekretärs im Gebietskomitee Varna. Im Juli 1957 Vollmitglied des Zentralkomitees, zur Zeit als etliche bekanntere Parteileute wegen ihrer «parteifeindlichen Tätigkeit» entlassen werden.

Im Frühling 1958 ist Grigoroff anscheinend wiederum Vorsitzender der Agitprop-Abteilung. Anlässlich des 7. Parteikongresses im Juni 1958 wird er ins ZK-Sekretariat berufen. In diesem und dem folgenden Jahr hält er zahlreiche grosse Reden, insbesondere über die Arbeit an der «ideologischen Front», über Kultur, Erziehung und Jugendbewegung.

Erziehung Bulgarien

Lehrermangel

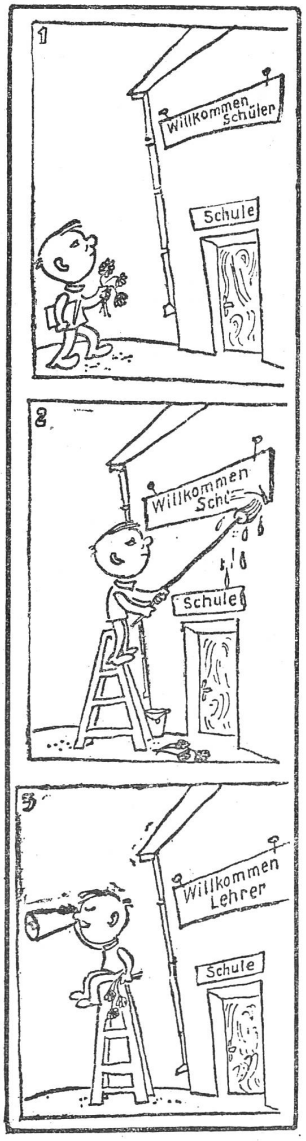
Unsere Karikatur aus einer bulgarischen Lehrerzeitung illustriert bis zu einem gewissen Grade eine Konjunkturerscheinung des Landes. Der Lehrermangel, der immer ausgeprägtere Formen annimmt, steht mit der rapiden Entwicklung des Schulwesens seit dem Krieg und mit den diesbezüglichen stolzen Plänen für die kommenden Jahre im Zusammenhang.

Bulgarien, das vor zwanzig Jahren praktisch noch überhaupt nicht industrialisiert war, hat im Perspektivplan des Comecon-Gefüges der Ostblockländer einen relativ wichtigen Platz erhalten, der zu einer forcierten Aufbautätigkeit nötigt. Diese liess sich unter Hintanstellung der Bevölkerungsbedürfnisse in einigem Umfang noch durchführen (die Zuwachsrate ist gross), aber die benötigte Qualität von Fachleuten ist nicht leicht aufzutreiben. Allenthalben werden zwar neue Bildungsinstitutionen gegründet, um das Manko zu beheben, aber das Problem verschiebt sich nun dahin, dass es an Lehrkräften fehlt. Das ist schon auf der Primar- und Sekundarschule der Fall (Bulgarien hat ebenfalls die polytechnische Achtjahresschule eingeführt), wo ein grosser Rückstand aufzuholen ist. 1944 blieben jährlich etwa 100 000 Kinder im schulpflichtigen Alter der Schule fern. Heute besucht jeder fünfte Bürger des Landes in irgend einer Form eine Schule. Dazu kommt, dass ein Grossteil der Primarschüler (rund neun Zehntel laut bulgarischen Angaben) sich nach dem Obligatorium noch weiter bildet (Technikum, Mittelschulen, Berufsschulen).

Unter diesen Umständen genügt der Lehrerzuwachs nicht. Wohl zählt man gegenwärtig über 80 000 Lehrer gegenüber 28 000 im Jahre 1944, was ein imposanter Anstieg scheint, aber wenn man bedenkt, dass 1,5 Millionen Einwohner (von 7,5 Millionen) die verschiedenen Schulen besuchen, erhält man einen Eindruck von den immer noch bestehenden Forderungen.

Auf den unteren Schulstufen hat die Einführung der Ganztagesschulen («Halbinternatsschulen») einer weiteren Bestandeserhöhung des Lehrpersonals gerufen. Jugendorganisationen und gesellschaftliche Vereinigungen der Partei müssen einspringen, um die fehlenden pädagogischen Fachkräfte zu ersetzen. «Die Institute für Lehrerausbildung sind nicht in der Lage, die notwendige Anzahl von Lehrern auszubilden, wie es der Perspektivplan (über die Entwicklung des Schulwesens) bis 1965/66 vorsieht», stellte «Utschitelsko Delo» zu Beginn des neuen Schuljahres diesen Herbst fest.

Es kommt dazu, dass auch die vorhandenen Lehrer zu einem grösseren Teil fachlich nicht zu befriedigen wissen. Beispielsweise erheben die Hochschulen immer wieder Klagen über fehlende mathematische Grundlagen. Die Achtjahresschulen mit ihrer Verbindung zur «Produktionsarbeit» bieten den Kindern in wichtigen Fächern lediglich Anschauungsunterricht in Fabriken usw., ohne die nötigen pädagogischen Erläuterungen des Stoffes.



Aber wo bleiben sie denn, die Lehrer? («Utschitelsko Delo», Sofia)